



Bischofsbericht 2013 von Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July vor der
14. Württembergischen Evangelischen Landessynode am 21. Oktober 2013



„Suchet der Stadt Bestes“ – Kirche und Politik



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG



(Jeremia 29,7)

„Suchet der Stadt Bestes“ – Kirche und Politik



Christinnen und Christen versammeln sich seit Jahrhunderten zum Gebet. Sie beten in den Gottesdiensten für das Wohl der Gesellschaft, für den Frieden in der Welt. Und so stelle ich meinen Bischofsbericht unter den Bibelvers – der sehr berühmt ist in Bezug auf das Verhältnis von Kirche und Staat – „Suchet der Stadt Bestes ... und betet für sie“ (Jeremia 29, 7). Politisch zu denken und gestaltend in Stadt und Land mitzuwirken, gehört zum Auftrag der Kirche. Und auch, für Land und Leute, ihr Wohl und eine gute Regierung zu beten.

Ich greife damit wieder, wie im vergangenen Jahr begonnen, das Themenjahr der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) auf. Es lautet im Jahr 2014: „Reformation und Politik“. Damit ist aber nicht nur eine Rückbesinnung allein gemeint. Obwohl es zweifellos interessant ist zu sehen, welche Weichenstellungen etwa in den Tagen und Jahren der Reformation erfolgten und welche Auswirkungen diese zum Teil bis heute haben. Der evangelische Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider schreibt im Vorwort zum Magazin der EKD zum Themenjahr Reformation und Politik: „Wesentliche Einsichten des europaweit singulären Verhältnisses von

Staat und Kirche gehen auf die Reformation selbst zurück, die auf diese Weise ihre gesamtgesellschaftliche Prägekraft nicht nur als historisch zu rekonstruierende, sondern auch als gegenwärtig wirksame Größe erweckt.“¹

Das Ziel meines Bischofsberichts ist, Sie mit meinen Anmerkungen und Bemerkungen zum Thema Kirche und Politik zu eigenen Überlegungen und Perspektiven anzuregen und Markierungen zu setzen. Zudem, das sei angemerkt, sind in den letzten Tagen und Wochen, ausgelöst durch die Limburger Vorgänge, viele Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche plötzlich aufs Neue diskutiert worden und werden weiterhin in Talkshows und Medien heftig diskutiert.

I. Politik trifft Kirche

Das ganze Themenfeld ist ja nicht abgehoben und als Rennbahn für fundamental-theologische und sozialetische Galopps zu sehen. Jede Kirchengemeinde unserer Landeskirche lebt eingebunden in kommunalpolitische Bezüge. Entscheidungen eines Gemeinderats einer Stadt, einer Kommune zur Kindertagesstätte, zu Grundstücksplanungen und Stadterweiterungsprogrammen können möglicherweise ortskirchliche Interessen gravierend betreffen. Oftmals sind Mitglieder des Kirchengemeinderats zugleich Mitglieder des kommunalen Gemeinderats. Sie müssen dann in manchen Situationen eine höchst individuelle und persönliche „Zweireichelehre“ entwickeln, um ihre verschiedenen Rollen und Ämter angemessen auszufüllen.

Jeder Dekan, jede Dekanin, jede Bezirkssynode, aber auch und gerade die diakonischen Einrichtungen haben sich mit Fragen des Landkreises oder der Region zu beschäftigen. Die Art und Weise, wie diese beantwortet werden, wirkt sich zum Beispiel massiv auf die diakonische und sozialpolitische Arbeit auf Landkreisebene aus.

In der Landeskirche, der anderen Ebene, haben wir uns alle in den unterschiedlichen Bezügen mit Fragen des Staats-Kirchen-Verhältnisses, etwa in unserem Bundesland, zu beschäftigen. Ich nenne nur stichwortartig Begriffe, die wir alle kennen: das Staatskirchenrecht, die Staatsleistungen an die Kirche, den Religionsunterricht, das Bildungsgeschehen, die Staatspfarrhäuser, den Feiertagsschutz, das Subsidiaritätsprinzip in Bezug auf Staat und Kirche, die Sozialpolitik. Das ist keine vollständige Aufzählung, manches andere wäre sicher noch hinzuzufügen. Darüber hinaus hat die EKD bundespolitische und europapolitische Fragestellungen zu bearbeiten.

Meine Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder, schon an dieser eher einfachen unvollständigen Aufzählung können Sie die Vielschichtigkeit dieses Themenkomplexes erkennen.

¹ Nikolaus Schneider, im Vorwort des EKD-Magazins zum Themenjahr 2014. Reformation und Politik.

Ministerpräsident Kretschmann hat im Dezember 2012 am Ende eines bemerkenswerten Vortrags zum Verhältnis des Staates zu den Religionen gesagt: „Wir brauchen die Religionen, die in uns die Sehnsucht nach einem Leben in Fülle wecken und unserem Freiheitsstreben eine Richtung und einen Sinn verleihen. Dieser für unsere Gesellschaft so wichtigen Aufgabe können die Religionsgemeinschaften aber nicht nachkommen, wenn die positive durch die negative Religionsfreiheit zurückgedrängt und die Religionsgemeinschaften ins Private abgedrängt werden und nicht in der Öffentlichkeit wirken können. Aus diesem Grund setze ich mich für eine im zweifachen Sinne ‚aktive Religionsfreiheit‘ ein. Eine Religionsfreiheit, die vom Staat aktiv gefördert wird und die deshalb von den Religionsgemeinschaften zum Wohle der ganzen Gesellschaft aktiv mit Leben erfüllt werden kann und muss.“² Dieses Zitat und diese Gesichtspunkte sind im Wesentlichen bei der Tagung „Freiheit von/für/mit Religion“ am 18. Oktober 2013 in der Akademie der Diözese Rottenburg/Stuttgart unterstrichen worden. Vertreter aus Politik, Kirche und Gesellschaft waren auf Einladung des Ministerpräsidenten zusammengekommen. Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für seine Feststellung. Gerade in Zeiten, in denen in Teilen unserer Gesellschaft die genaueren Kenntnisse über Sinn und Zweck unserer Staats-Kirchen-Regelungen verloren gehen, ist es gut, immer wieder die wesentlichen Linien abzuschreiten und deutlich zu markieren.

Wenn wir über das Staats-Kirchen-Verhältnis sprechen, dann müssen wir uns in unserem Bundesland Baden-Württemberg folgende Fakten in Erinnerung rufen: Zwischen 70 und 80 % (das hängt manchmal damit zusammen, wo man die Trennlinie zieht) der Bürgerinnen und Bürger des Bundeslandes bekennen sich in verschiedenen Konfessionen und Traditionen zum christlichen Glauben. An 191 Schulen in kirchlicher und diakonischer Trägerschaft – ich spreche für beide Konfessionen, was die Zahlen betrifft – werden mehr als 40 000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet, mehr als 100 000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in Diakonie und Caritas. Mehr als 3 000 Kindertagesstätten werden von den kirchlichen Trägern zur Verfügung gestellt. An sechs Hochschulen und Fachhochschulen in kirchlicher Trägerschaft werden mehr als 15 000 Studierende ausgebildet. Vier Akademien gestalten gesellschaftsbezogene Diskurse.

Ich meine, wir müssen uns und andere immer wieder daran erinnern, in welchen gesellschaftlichen Feldern wir in unserem Bundesland Baden-Württemberg kirchlich tätig sind, wie viel Verantwortung mitgetragen und mitgestaltet wird, welche Aufgaben die christlichen Kirchen in unserem Land auch aus historischen Gründen und gesellschaftlichen Gegebenheiten übernommen haben. Deswegen sind eventuelle laizistische Gedankenspiele weit entfernt von der Wirklichkeit eines angemessenen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in unserem Land.

Liebe Synodale, diese Gedankenspiele werden auch nicht durch Wiederholung verzerrter Behauptungen wahrer.

² Ministerpräsident Winfried Kretschmann: „Aktive Religionsfreiheit“ – eine kooperative Trennung von Kirche und Staat, Vortrag am 13. Dezember 2012 in der Katholischen Akademie Berlin.

Es ist ein inneres Interesse des Staates, dass das Leben in der Gesellschaft, in der Gemeinschaft sich nicht „Zufälligem“ hingibt, sondern orientierendes und gestaltendes Interesse zeigt und so Sinn und Perspektive gewinnt.

Ich zitiere noch einmal den Ministerpräsidenten: „Es braucht Menschen, die an etwas glauben, die von etwas überzeugt sind, die sich für ihre Werte und Ideale einsetzen. Denn (und hier folgt ein Zitat von Jeanne Hersch) ‚frei sein heißt, etwas ganz Bestimmtes unbedingt zu wollen (Freiheit ohne Wahl)‘, ..., „Damit dieser unbedingte Wille der Einzelnen sich nicht in Egoismen verrennt und auch nicht wirkungslos verpufft, braucht es Gemeinschaften, die gemeinsame Werte haben und leben, die Beziehungen und Verbindlichkeiten fordern und Solidarität stärken. Gerade in Zeiten starker Individualisierung stiften solche Gemeinschaften für den Einzelnen Sinn und stärken seine Identifikation mit dem Ganzen.“

Auch unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte in einem Vortrag vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU am 7. Juni 2013 in Berlin: „Ohne ethische Grundlagen lässt sich schlecht Politik machen, ist meine tiefe Überzeugung.“ Mit diesen beiden Zitaten – und man kann weitere Zitate von Politikern, Politikerinnen, Staatslehrern und Staatslehrerinnen hinzufügen – wird noch einmal deutlich, dass der Gestaltungsauftrag von Christinnen und Christen, aber auch der Institution Kirche in der Gemeinschaft, von großer Bedeutung ist; ja, dass das Interesse des Staates geradezu sein muss, diesen Gestaltungsauftrag zu aktivieren und zu fördern.

Lassen Sie mich hier etwas einfügen: Deswegen sehe ich bei aller ökumenischen Verbundenheit den Begriff der Entweltlichung, den Papst Benedikt in seiner Freiburger Rede benutzt hat, mit großer Zurückhaltung an. Bei allem Respekt vor dem Wollen einer spirituellen Erneuerung der Kirche, bei allem Bejahen dessen, dass die Kirche weiß und wissen soll, um noch einmal das biblische Wort aufzunehmen, dass sie auf die zukünftige Stadt zugeht, deswegen immer wieder auf der Wanderschaft ist, bei aller Selbstprüfung gerade in diesen Tagen, und die ist notwendig, sage ich trotzdem: Die Kirche steht in der Welt, ist weltbezogen und hat vielfältige Aufgaben und Berufungen im Leben dieser Welt und dieser Gesellschaft. Deswegen führt der Begriff Entweltlichung nur zu Missverständnissen.

Umgekehrt: Wichtiger denn je ist die kirchliche Mitgestaltung und Orientierung in der Welt. Freilich: Diese Mitgestaltung muss immer wieder aus einem Geist des Dienens, des Für-andere-Daseins eingenommen werden.

Die Verführung ist groß, dass der eigentliche Zweck und der Grund und das Ziel unserer kirchlichen Arbeit, unserer gesellschaftlichen Mitverantwortung aus den Augen und manchmal aus dem Sinn geraten: Dass die Arbeitsfelder und ihre Einrichtungen zu einem „Haben“ werden und das eigentliche „Sein“ aus dem Bewusstsein herausgedrängt wird, um mit Worten Erich Fromms zu sprechen. Um den Zweck der Kirche zu bestimmen, ist Dietrich Bonhoeffers großes Wort, oft benützt, trotzdem immer noch ein gutes, ein guter Orientierungsrahmen: „Die

Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist. Sie muss an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens teilnehmen, nicht herrschend, sondern helfend und dienend.“³

Man könnte hier auch noch Beobachtungen aus dem Selbstverständnis reformierter Theologie dazulegen, wo es einmal heißt: christliche Kirche als betende Welt zu verstehen, die nicht für sich selbst kämpft, sondern für das kommende Reich Gottes eintritt.⁴ So hat es Peter Opitz kürzlich beim Reformationskongress in Zürich formuliert.

II. Christen machen Politik

In unserer evangelischen Landeskirche gibt es etliche ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Bundestag, im Landtag oder in der Kommunalpolitik mitarbeiten. Offensichtlich schließt sich beides nicht aus, sondern kann sich sogar gegenseitig befördern. In Vorbereitung auf das Jahr zu „Reformation und Politik“ habe ich mit Personen gesprochen, die beides vereinen: die Arbeit in der Kirche, in der Diakonie, und in der Politik. Ja, es ist vielfach gerade der christliche Glaube, der zum verantwortungsvollen Einsatz für die Gemeinschaft ermutigt und befähigt.

Dies sehen wir bei vielen Bürgerbewegungen, Selbsthilfegruppen und Initiativen für verschiedene Projektfelder. Viele Gemeindeglieder unserer Kirche leben das Wort von der Beteiligungskultur und setzen sich dafür ein. Diejenigen, die Parlamentsmandate oder Kommunalmandate übernehmen, gehen noch einen Schritt weiter. Sie lassen sich auf befristete Zeit in festgelegte politische Ablauf- und Entscheidungsprozesse einbinden.

Warum dieses Engagement? Warum Zeit und Kraft in der Politik einsetzen?

Beispielhaft nenne ich zwei Zitate. „Das Christsein ist die Basis, von der aus ich denke, Solidarität, Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung sind die Themen, die ich mitbringe. Und Werte, die mich tragen, stelle ich über parteipolitische Profilierung.“ Diese Person macht aber auch deutlich, dass sie im „Alltagsgeschäft“ der Politik sehr wohl weiß, dass sie als gewählter Abgeordneter agiert und nicht vorrangig als Pfarrer. Ähnlich formuliert es ein anderer evangelischer Bundestagsabgeordneter: „Ich bringe mich als Christ ein. Dabei bin ich vom Glauben geleitet.“ Dass diese Grundüberzeugungen, die ich herausgegriffen habe, zu verschiedenen politischen Gestaltungsvorstellungen führen können, zeigt ihre Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Parteien.

³ Dietrich Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, Werke, hrsg. v. Christian Gremmels u. a. (Dietrich Bonhoeffer Werke 8), Gütersloh 1998, 560.

⁴ Vgl. Peter Opitz, Vortrag am 7. Oktober 2013 vor dem Internationalen Kongress zum Reformationsjubiläum 2017 in Zürich.

Anhand dieser Beispiele erweist sich, dass es durchaus zum „Beruf der Christen“ gehört, wie es bei Luther einmal heißt, sich im Gestaltungsraum der Politik zu beteiligen. Viele Mitglieder unserer Kirche tun dies. Sie stellen sich aus ihrer christlichen Grundüberzeugung zur Wahl, um unser Staatswesen, unser Zusammenleben auf den verschiedenen Ebenen der Entscheidungsfindung mitzugestalten. Ich danke an dieser Stelle allen, die sich aus einer christlichen Grundüberzeugung heraus politisch engagieren – ob im Hauptamt oder Nebenamt: Sie wollen der „Stadt Bestes“ suchen.

III. Aktuelle Beobachtungen

Christian Führer, der ehemalige Pfarrer an der Leipziger Nikolaikirche, sagt: „Ein christlicher Mensch ist immer ein politischer Mensch.“ Er und andere Christen haben dies engagiert und eindrucksvoll in der friedlichen Revolution 1989 gelebt. Christian Führer formuliert: „Beten und Handeln, drinnen und draußen, Altar und Straße gehören zusammen!“⁵

Am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, feierten wir einen ökumenischen Gottesdienst in der Stuttgarter Stiftskirche. Politikerinnen und Politiker, geladene Gäste aus den vielfältigen Feldern der Gesellschaft, wie beispielsweise aus Wirtschaft und Kultur, Gewerkschaften, Kirchenvertreterinnen und Kirchenvertreter kamen zusammen. Zum einen war es ein Tag des Gedenkens, der Rückschau, der Dankbarkeit gegenüber Gott für das „Wunder der gewaltlosen Revolution“, zugleich das Staunen, wie aus dem Beten heraus neue Wirklichkeit entstehen kann. Aber der Blick ging auch in die vor uns liegende Zeit: Wie kann Solidarität erreicht werden in einer pluralen und individualistisch geprägten Gesellschaft?

Die Frage nach der Solidarität, liebe Schwestern und Brüder, geht weit über unsere Grenzen hinaus. Sie führt uns an die Grenzen Europas. Während wir am 3. Oktober den ökumenischen Gottesdienst in der Stiftskirche feierten, liefen die ersten Agenturmeldungen über das Drama der Nacht und des Morgens vor Lampedusa. Wir wussten von Syrien, von all den anderen Ländern, aus denen die Menschen den Fluchtpunkt Europa und den Fluchtpunkt Deutschland suchen. Und wir wissen, dass viele Fragen nicht einfach zu lösen sind, wie die Herausforderungen, die mit der Suche vieler Menschen nach einer neuen Heimat oder besseren Zukunft gegeben sind. Wir wissen, dass es immer noch das Beste wäre, wenn die Menschen nicht ihre Heimat und zum Teil ihre Familien verlassen müssten und sich nicht Schleppern für viel Geld anvertrauen würden, um dann in eine ungewisse, gefährliche Zukunft zu gehen, die oft demütigend und auch entwürdigend ist. Diese Frage wird uns nicht loslassen, europapolitisch, bundespolitisch und kommunalpolitisch nicht. Wir haben hier den Auftrag, bei den Diskussionen, die zu führen sind, die Würde der Menschen nicht zu vergessen.

⁵ Christian Führer, Alles auf Anfang, in: Fürchtet Gott, ehrt den König! Reformation. Macht. Politik, Das Magazin zum Themenjahr 2014. Reformation und Politik, 24.

Deshalb bitte ich alle in unserer Kirche, die auf verschiedenen Ebenen Verantwortung tragen, dieser Aufgabe ein besonderes Augenmerk zu schenken. Ich bitte sie, auch in der Zusammenarbeit mit den Kommunen beziehungsweise den Landkreisen nach Möglichkeiten der Unterbringung und Begleitung zu suchen. Ich danke denen in unserer Landeskirche, die sich in verschiedenen Arbeitskreisen und Organisationen in der Flüchtlings- und Asylarbeit einsetzen. Ich danke dem Diakonischen Werk für seine vielfältigen Dienste in diesem Bereich. Ich danke, dass sich einige auf den Weg gemacht haben, damit, falls die Synode so entscheidet (manche Ausschüsse haben ja ihre Zustimmung im Vorfeld durchaus zu erkennen gegeben), ein kräftiges Zeichen der Solidarität von der Landeskirche gesetzt werden kann.

Das Motto des Tages der Deutschen Einheit hieß ja „Zusammen einzigartig“. Ob man sich bewusst war, dass hinter einem solchen Motto sehr schön das Bild des Apostels Paulus vom Leib und den Gliedern aufschien (1. Kor 12), der dies freilich innerchristlich auf die Gemeinschaft der Christen hin zeichnete?

„Ein christlicher Mensch ist immer auch ein politischer Mensch.“⁶ Auch wer gesellschaftliche und politische Akzente anders setzt als Christian Führer, wird sich dieser Feststellung nicht entziehen können. Wie schon eingangs gesagt, sind wir als Individuen oder Kirche eingebunden in politische Lebensvollzüge, in Prozesse der Konfliktaustragung und Konsensbildung, in Bildung von Rahmenbedingungen, im Wechselspiel der Sphäre des Öffentlichen und des Privaten. Christinnen und Christen können, so gesehen, nicht nicht politisch sein!

Zur Veranschaulichung: Ganz deutlich wird diese eher abstrakte Formulierung im Feld unserer diakonischen Arbeit. Wir wollen uns aus Glaubensüberzeugung an der Gestaltung der sozialen Welt beteiligen. Wir sind aus unserem Auftrag und der Tradition nächstenliebenden Tuns, zum Beispiel in der Pflege, in sozialer Bildung und in der Lebensbegleitung, in vielen Bereichen tätig. Gerade deshalb müssen wir uns dann auch politisch für bessere Rahmenbedingungen, etwa für die häusliche Pflege, einsetzen. Gerade deshalb müssen wir für die Teilhabemöglichkeit aller Menschen streiten. Gerade deshalb müssen wir etwa in der Sozialpolitik Dissense mit der Politik markieren, um Konsense zu finden.

Gleiches könnte auch für viele andere Politikfelder gezeigt werden, wie etwa den wichtigen Bildungsbereich. Hier haben wir ja die Erfahrung gemacht, dass das gemeinsame Bildungspapier der Evangelischen Landeskirche in Baden und in Württemberg von 2008 großes Echo, im Widerspruch und im Zuspruch, fand. Bei all diesen Politikfeldern ist freilich immer wieder die Balance zu finden zwischen Rahmenorientierungen und Eckwerten, die aus der Sicht der Kirchen und der Diakonie notwendig sind, um im gesellschaftlichen Dialog und in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und Konsensbildung eine Orientierung aus der Sicht christlicher Überzeugungen zu geben. Dazu gehört manchmal auch

⁶ Epd zentral Nr. 43 vom 1.3.13, 20.

eine Diskussionsdiskussion in einzelnen Gestaltungsfragen, die dann mit Kompetenz und Expertenwissen ausgefochten werden muss. Auch im Kleinen können Christen übrigens oftmals verschiedener Meinung sein und unterschiedlichen Politikkonzepten folgen.

Schwierig wird es dann, wenn die einen meinen, dass es sich um eine grundlegende Orientierungsdiskussion handelt, und deshalb sehr grundsätzliche Aussagen von den Kirchen erwarten, während andere dasselbe Themenfeld eher der politischen Ausgestaltung und der Fachdiskussion überlassen wollen.

Der Streit um Stuttgart 21 kann hier als Beispiel einer solchen unterschiedlichen Bewertung dienen. Und bei der Frage der Flüchtlingspolitik Europas und des Umgangs mit Flüchtlingen in unserem Land sind wir an den Grundfragen christlicher Orientierung angekommen und müssen uns deshalb hier immer wieder bei der Gestaltwerdung und Ausgestaltung einbringen, die dann freilich auch wieder im Detail unterschiedlich beantwortet werden kann.

„Suchet der Stadt Bestes!“, sagt der Prophet Jeremia. Ob sich in dieser Fokussierung auf die Stadt die Einsicht zeigt, dass sich das Wohl und Wehe eines Gemeinwesens hauptsächlich vor Ort entscheidet? Jedenfalls sind Kirche und Welt auf keiner anderen Ebene so eng miteinander verflochten wie auf der lokalen. Gerade auf der kommunalen Ebene haben Kirche und Politik besonders viele Berührungspunkte: in der Kindergarten-, Jugend-, Familienbildungs- und Seniorenarbeit, im sozialen und kulturellen Bereich und neuerdings vermehrt auch in Sachen Schule, wo bei den Ganztagsangeboten kirchliche Kooperationspartner durchaus gefragt sind. Nicht zu vergessen sind die Kirchengebäude, deren Erhalt als das Stadtbild prägende Gebäude auch von öffentlichem Interesse ist.

Zur Verdeutlichung: Vor einigen Jahren hat eine Stadt in Württemberg einen Imagefilm drehen lassen. In einer kurzen Sequenz dieses Films wurden testweise alle Kirchen und kirchlichen Gebäude wegretuschiert. Das Ergebnis war eindrucksvoll: Die Stadt war nicht mehr dieselbe, wobei filmisch zwar nur die Bauwerke gefehlt haben, in Wirklichkeit aber auch die Menschen, welche die Kirchen, Gemeindehäuser, Kindergärten, heute Kindertagesstätten, Diakoniestationen und so weiter, was man noch alles an Beratungsarbeit aufzählen könnte, mit Leben erfüllen.

Natürlich geht es, wo Kirche und Kommunalpolitik einander begegnen, häufig ums Geld, und das aus gutem Grund. Die Angebote, die die Kirchen im 19. Jahrhundert oft als Erste und aus eigenen Mitteln im kleinen Rahmen gemacht haben, wie die ersten Kindergärten und die Gemeindefrauenvereine, sind heute als für alle Bürger gesetzlich garantierte Leistungen von der öffentlichen Hand sicherzustellen. Wenn die Kirchen ihre Angebote aufrechterhalten wollen, geht das nur, wenn sie wie alle freien gemeinnützigen und manche privaten Anbieter finanziell unterstützt werden. Das ist auch, wie wir wissen, gesetzlich geregelt.

Aber bei Diskussionen um die Finanzen bleibt es nicht, wie ich aus den Gesprächen mit Kommunalpolitikern weiß. Im Gegenteil: Eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und der Politik vor Ort kann, gerade wenn es nicht nur ums Geld geht, sogar ein ganzes Gemeinwesen verändern. Ein Beispiel: Wo in einer Kommune Kirche und Politik in Sachen Wohnungslosenhilfe, Tafelläden, Suchthilfe, in der Familien- und Elternberatung oder bei psychologischen Beratungsstellen kooperieren, entsteht im Idealfall eine auch andere Bereiche umfassende Atmosphäre der sozialen Verantwortung. Dagegen haben Ausgrenzungen, welcher Art auch immer, keine Chance. Dabei können wir mit großer Dankbarkeit feststellen, dass gerade von den Ehrenamtlichen in den Kirchengemeinden, von den Hauptamtlichen natürlich auch, immer wieder der erste Impuls bei der Lösung von anstehenden Problemen ausgeht. Städte und Gemeinden waren froh über diesen Dienst und haben, wenn möglich und nötig, den Ausbau gefördert.

Viele Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen sind aktive Mitglieder unserer Kirchengemeinden. Deshalb nehme ich besonders ernst, wenn einige von ihnen uns als Kirche leitende Personen vor allem die folgenden vier Dinge ins Stammbuch schreiben:

Erstens. Die Kommunalpolitiker, mit denen ich gesprochen habe, plädieren dafür, dass die Kirche im öffentlichen Leben präsent bleibt und sich nicht aus finanziellen Gründen auf sich selbst zurückzieht. Gerade vor Ort entscheide sich nämlich der Stellenwert, den die Kirche in unserer Gesellschaft habe oder auch nicht habe. Und: Im Sinne des Propheten Jeremia könne man nirgendwo so viel zum Wohl der Menschen tun, als wenn man weiterhin „der Stadt“ und des Dorfes Bestes suche.

Zweitens. Wegen der Mitfinanzierung der kirchlichen Arbeit wird von Kommunalpolitikern und Kommunalpolitikerinnen gefragt, ob es nicht besser sei, auf den kirchlichen Finanzierungsanteil und das kirchliche ehrenamtliche Engagement zu verzichten und die Aufgaben kommunal zu erledigen. Die Frage wird derzeit vor allem im Kindergarten- und Kindertagesstättenbereich gestellt, wenn die kirchliche Arbeit wegen des U-3-Anspruchs auf Betreuungsplätze auf Wunsch der Kommunen ausgebaut wird, die Kirchengemeinden aber insgesamt keinen höheren Finanzierungsbeitrag übernehmen können.

Drittens. Mir wird, was die Finanzen betrifft, gesagt: Nicht nur die Kirchen, auch die Kommunen hätten nicht genug Geld. Dabei ist die Debatte bei den kirchlichen Finanzen gerade breit im Gange. Kirchen bräuchten daher zwar keineswegs als Bittsteller aufzutreten. Sie sollten aber mit ihren Wünschen, Erwartungen und Forderungen maßvoll bleiben. Dann und nur dann sei ein fairer Interessenausgleich möglich.

Um diesen fairen Interessenausgleich herzustellen, stimmen sich die Kirchen seit vielen Jahrzehnten eng mit den kommunalen Landesverbänden der Kindergartenarbeit und dem Städte- und Gemeindetag ab. Das gilt für die Elternbeiträge, für die Aufnahmeverfahren, für die Standards in der Arbeit und die

Rahmenbedingungen der Finanzierung. Diese Zusammenarbeit trägt gute Früchte; das wissen auch die kommunalen Verwaltungen sehr gut.

Ein flächendeckender Rückzug der Kirche findet nach allem, was ich weiß, weder in Kindertagesstätten noch sonst statt. Nur können Leistungen des Sozialstaats, aus denen sich dieser wie aus der Betreuung Langzeitarbeitsloser zurückzieht, nicht von der Kirche allein aufgefangen werden. Das hieße im Einzelnen, die Finanzen zu überschätzen.

Wenn aber die Frage auf kommunaler Ebene gestellt wird, ob eine Finanzierung der kirchlichen Arbeit durch kommunale Mittel richtig ist, müssen wir in der Diskussion aktiv bleiben. Ich meine: Ja, es ist richtig, dass nicht nur Staat und Kommunen auf dem sozialen Gebiet eigenverantwortlich tätig sind. Der Anteil der Kirchen an der Kindergartenarbeit, katholisch und evangelisch zusammen, beträgt weit weniger als der Anteil der Kirchenmitglieder an der Bevölkerung. Es tut dem Gemeinwesen gut, wenn auch freie, gemeinnützige und kirchliche Träger einen Beitrag zur Erziehung und Bildung leisten. Das ist ein Anliegen, das aufgrund unserer geschichtlichen Erfahrungen auch in unsere Rechts- und Verfassungsordnung Eingang gefunden hat. Es ist das Prinzip der Subsidiarität, das unseren Staat in diesem Bereich trägt.

Dieses Prinzip schützt auch vor staatlichen Totalitätsansprüchen, etwa im Jugend- und Erziehungsbereich. Manche Diskussionen, die ich dazu höre, gehen am Kern der Sache vorbei. Hier laufen nicht eifertige kommunale oder staatliche Organe der Kirche hinterher, um ihr ein weiteres finanzielles Polster anzubieten und draufzulegen. Hier lässt der Staat beziehungsweise die Kommune die Kirche und die Diakonie sich aus eigenem Interesse heraus engagieren und finanziert stellvertretend kirchliche diakonische Arbeit.

Viertens. Die Kirche, so wird mir gesagt, müsse gerade auf lokaler Ebene ihre Lobbyarbeit verstärken. Lobbyarbeit freilich nicht im Sinne von Interessensdurchsetzung, sondern von Aufklärung und Werbung für eine Vielfalt der Angebote, die die christlichen Werte zur Geltung bringt. Warum Lobbyarbeit? Dieses Wort benutzen wir als Kirchen eigentlich nicht so gerne. Ich höre immer wieder, dass auch und gerade die Entscheidungsträger in den Städten und Gemeinden immer weniger von Kirche wüssten und deshalb oft genug den Mehrwert eines funktionierenden Miteinanders inklusive Arbeitsteilung von Politik und Kirche nicht mehr richtig einschätzen könnten.

Lassen Sie mich diesen Abschnitt mit einem Dank schließen, mit einem Dank an alle Beteiligten für die nach wie vor sehr gute Zusammenarbeit von Politik und Kirche gerade auf kommunaler Ebene. Und mit einem Versprechen: Ja, auch die Evangelische Landeskirche in Württemberg muss trotz erfreulich höherer Steuereingänge auch in Zukunft mit ihrem Geld sorgfältig haushalten. Aber im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten will sie gerade auf der örtlichen Ebene präsent bleiben, in der Kindergarten-, Jugend-, Familienbildungs- und Seniorenarbeit, im sozialen und kulturellen Bereich und vermehrt in Sachen Schule. Denn, um

noch einmal auf den Film zurückzukommen: Nicht nur einer Stadt würde ohne die Kirche, auch der Kirche würde ohne die Stadt sehr viel fehlen. Wenn nur noch der Pfarrer oder der Bischof allein in der Kirche wäre, wäre das auch langweilig. Suchen wir deshalb auch in Zukunft miteinander der Stadt Bestes!

„Suchet der Stadt Bestes ... und betet für sie.“

Martin Luther betonte die Unterscheidung der zwei Regierweisen Gottes, der geistlichen und der weltlichen. Gleichzeitig aber war ihm wichtig, dass Gott beide Regierweisen in sich vereint. Inzwischen haben Theologen wie Karl Barth und seine Schülerinnen und Schüler immer wieder am Verhältnis von Kirche und Staat weitergedacht, und diese Diskussion geht in der Theologie nach wie vor weiter. Eberhard Jüngel, ein Theologe unserer Zeit, definiert die Aufgabe von Kirche so: „Im Normalfall wird die Kirche in der pluralistischen Gesellschaft jedoch politisch am eindrücklichsten dadurch in Erscheinung treten, dass sie in ihrer eigenen Existenz den Indikativ des Evangeliums zur Darstellung bringt und eben dadurch der Welt bezeugt, dass Gottes Reich im Kommen ist.“⁷

Das Verhältnis von Kirche und Politik ist unter der Voraussetzung der sich ändernden Realität immer wieder neu zu bestimmen. Ich glaube, da haben wir zurzeit neue Herausforderungen. Aber entscheidend ist, dass Christinnen und Christen sich der Geschichte bewusst sind und sich an die Prinzipien unseres Staates erinnern: die Verteilung von Aufgaben nach Kräften und Fähigkeiten. Dann erfüllt Kirche ihren Auftrag, zu leben im Blick auf Gottes Reich. Ich will jetzt einiges in fünf Thesen zusammenfassen:

1. Die Evangelische Landeskirche in Württemberg verkündet das Evangelium in Wort und Tat. Sie tut dies inmitten der Gesellschaft und als Gegenüber von ihr. Deswegen ist die kirchliche Präsenz ein Teil des Politischen.
2. „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir.“ (Hebr 13, 14)

Einerseits gestaltet die Landeskirche gesellschaftliches Leben hier und jetzt mit und gibt sich dabei mit den gegenwärtigen Bedingungen nicht zufrieden. Andererseits bittet sie um das Kommen des Reiches Gottes, das wir nicht machen und erzwingen können.

3. In der Mitgestaltung der Gesellschaft steuert die Kirche Rahmenorientierung und Eckwerte bei. Die Landeskirche bringt sich mit Experten- und Erfahrungswissen und auf der Grundlage von biblischen Erfahrungen und Erkenntnissen als Gesprächs- und Handlungspartnerin ein, zum Beispiel in der Bildungspolitik, in der Sozialpolitik und in der Entwicklungspolitik.

⁷ Eberhard Jüngel, Kirche und Staat in der pluralistischen Gesellschaft, in: Indikative der Gnade – Imperative der Freiheit (Theologische Erörterungen IV), Tübingen 2000, 309.

4. Die Gesellschaft lebt auch vom Orientierungswissen der Kirchen. Deshalb stellt der Staat im Auftrag der Gesellschaft die Rahmenbedingungen zur Verfügung, damit Kirche dieses Orientierungswissen in angemessener Weise einbringen kann.
5. Die Beziehung von Staat und Kirche ist eine lebendige, die es freilich immer wieder neu zu füllen gilt. Diese Beziehung leben Christinnen und Christen, indem sie gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und ihren Glauben an Gottes kommendes Reich bezeugen. Die Landeskirche ermutigt Christinnen und Christen, sich kommunalpolitisch, landespolitisch, bundespolitisch, man muss sagen auch europapolitisch zu engagieren.

Aktuelles – Zusammenfassung

Nun möchte ich einige Anmerkungen machen zu Themen, die sich noch einmal im Tagesdiskurs zugespitzt haben. Wie Sie schon dem vorderen Teil des Berichtes entnommen haben, liegt mir und allen von uns die Frage der Flüchtlinge sehr am Herzen. Es ist ein Gebot Jesu, dass wir uns um die kümmern müssen, die nackt und bloß sind. Wir stehen in unserer Gesellschaft erneut vor großen Herausforderungen. Die Zahl der Flüchtlinge steigt wieder. In diesem Jahr werden voraussichtlich insgesamt mehr als 100 000 Flüchtlinge zu uns kommen. Ich erinnere daran, dass vor knapp 20 Jahren, im Jahr 1995, 166 951 Menschen in Deutschland Asyl beantragt haben. Damals wie heute stellen Unterbringungs-, Betreuungs- und Versorgungsfragen die Gesellschaft insgesamt und in der politischen Organisationsstruktur vor allem auch die Landkreise vor große Aufgaben. Ich kann sehr gut verstehen, dass die Landräte bzw. Landrätinnen unter einem starken Druck stehen, angemessene Unterkünfte zu finden. Die Evangelische Landeskirche und ihre Kirchenbezirke und Kirchengemeinden und auch engagierte kirchliche Begleitgruppen und Einzelpersonen haben sich zu starken Fürsprechern für einen humanen, menschenwürdigen und barmherzigen Umgang mit Flüchtlingen gemacht und setzen sich zum Teil mit hohem persönlichem Aufwand dafür ein. Unsere Flüchtlings- und Migrationsberatungsdienste und Beratungsstellen für traumatisierte Flüchtlinge sind dabei ein wesentlicher diakonischer Dienst.

Die württembergische Landeskirche macht dabei deutlich, dass sie Unterstützung leistet und leisten will. Vorbehaltlich der Zustimmung der Landessynode wollen wir für ein Maßnahmenpaket bis zu 1,4 Mio. zur Verfügung stellen. Darüber hinaus bieten wir z. B. in Stuttgart landeskirchliche Immobilien an, um Flüchtlinge unterzubringen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch eine zweite Bemerkung machen, weil ich in einem Nebenamt ja Leiter der EKD-Gruppe für europapolitische Fragen bin. Es hat mich schon sehr beelendet, als wir vor einem Jahr in der Diskussion mit Europaabgeordneten auf die Probleme der Frontexsicherung

hingewiesen haben. Damals war schon zu berichten, dass manche Praxis des Fronteinsatzes der Rechtsprechung auf europäischer Ebene widerspricht. Leider hat es hier wieder Fehlentwicklungen gegeben. Ich appelliere sehr, dass auch Frontex sich an die Regelungen hält, die der Europäische Gerichtshof ihm auferlegt hat.

Ich will noch weiter ansprechen: In den letzten Wochen konnten wir, durch die Vorgänge, im Bistum Limburg ausgelöst, auf fast allen medialen Kanälen eine breite, oft sehr einseitige emotionale Debatte über Finanzfragen, Staat-Kirche-Fragen, Lebensstil von Amtsträgerinnen und Amtsträgern usw. erleben. In einem demokratischen Staat kann und darf jederzeit ein öffentlicher Diskurs über den Staat und die Gesellschaft angehende Sachverhalte stattfinden. Dazu gehören natürlich die Kirchen nach all dem, was ich in meinem schriftlichen Bericht gesagt habe. Dieser Diskurs sollte aber Gegenstand, Voraussetzung und Ziel klar definieren. Daran mangelt es oft in den Gesprächen. Ich kann es auch nicht akzeptieren, wenn in manchen Äußerungen, in Talkshows oder anderswo der Eindruck erweckt wird, die Kirche – von welcher Kirche spricht man dann jeweils? – würde intransparent mit Finanzmitteln umgehen. Für unsere Evangelische Landeskirche in Württemberg trifft dies nicht zu. Besonders von professionellen Beobachtern erwarte ich, dass sie ihrerseits klar berichten und differenziert kommentieren. Und ich erwarte auch, und das sage ich nicht nur, weil es die letzte Tagung der Landessynode ist, Respekt vor einer demokratisch in Württemberg in Urwahl gewählten Synode, die in ihrer Amtszeit Haushaltspläne mit großer Genauigkeit und Transparenz beraten und verabschiedet hat. Bei uns kann Rechenschaft über die verwendeten Kirchensteuermittel abgegeben werden, auch über den kleinen Verfügungstopf des Landesbischofs.

Liebe Schwestern und Brüder, noch zwei kurze Informationen, um im Sinne des Bischofsberichts Rechenschaft zu geben. Ich habe die Arbeitsgruppe „Leben im Pfarrhaus“ eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe hat nun dreimal getagt und einen fruchtbaren theologischen – besonders pastoral-theologischen und sozialwissenschaftlichen – Austausch gepflegt.

Sie haben sicher zur Kenntnis genommen, wie stark das Pfarrhaus in der Zwischenzeit zum Thema geworden ist: Ausstellungen wie in Berlin, Schwerpunktthema beim Tag der württembergischen Pfarrfrauen und Pfarrer, neue Buchveröffentlichungen. Es ist dabei in unserer Arbeitsgruppe deutlich geworden, dass unsere Arbeiten einen zuverlässigen sozialwissenschaftlichen Unterbau brauchen. Untersuchungsaufträge sind dafür erfolgt. Ich danke der Gruppe für die engagierte Arbeit.

Nach dem Vorlegen dieser Untersuchungen werden wir das erweiterte Gespräch in dieser Gruppe suchen, etwa mit dem Pfarrverein, der Pfarrvertretung, dem Pastorkolleg, dem Pfarrseminar, dem Pfarrfrauen- und Männerdienst und anderen zu berücksichtigenden Gremien und Gruppen. Das wird in der nächsten Landessynode zu bearbeiten sein.

Zum guten Schluss: Die EKD-Orientierungshilfe zur Familie brauchen wir heute nicht zu diskutieren. Es freut mich allerdings, dass meine Anregungen aufgenommen wurden und auf EKD-Ebene ein weiterer Gesprächsprozess zum Familienpapier in Gang gekommen ist. Ein Symposium in Berlin ist zu dieser Frage zusammengekommen. Unsere Evangelische Akademie in Bad Boll veranstaltet auf meine Bitte hin eine weitere Konsultation jetzt im November. Gezeigt hat sich auch, dass manche kritischen Fragen nicht unberechtigt waren und jetzt diskutiert werden. Sicher wird auch die EKD-Synode darüber sprechen. Auf jeden Fall brauchen wir ein gemeinsames Bemühen, um angesichts der Herausforderungen und Veränderungen in der Gegenwart diese Fragen orientierend zu beantworten. Das ist unser aller Aufgabe.

Literatur

Bonhoeffer, Dietrich, Widerstand und Ergebung: Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, Werke, hrsg. v. Christian Gremmels u. a. (Dietrich Bonhoeffer Werke 8), Gütersloh 1998.

Epd zentral Nr. 43 vom 1.3.13, 20.

Führer, Christian, Alles auf Anfang, in: Fürchtet Gott, ehrt den König! Reformation. Macht. Politik, Das Magazin zum Themenjahr 2014. Reformation und Politik, 22-24.

Jüngel, Eberhard, Kirche und Staat in der pluralistischen Gesellschaft, in: Indikative der Gnade – Imperative der Freiheit (Theologische Erörterungen IV), Tübingen 2000, 296-311.

Kretschmann, Winfried, „Aktive Religionsfreiheit“ – eine kooperative Trennung von Kirche und Staat, Vortrag am 13. Dezember 2012 in der Katholischen Akademie Berlin.

Opitz, Peter, Vortrag am 7. Oktober 2013 vor dem Internationalen Kongress zum Reformationsjubiläum 2017 in Zürich.

Schneider, Nikolaus, Vorwort, in: EKD-Magazin zum Themenjahr 2014. Reformation und Politik.



Herausgeber: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart,
im Auftrag des Evangelischen Oberkirchenrats, Stuttgart
Redaktion: Oliver Hoesch, Georg Eberhardt, Dorothee Kolnsberg
Fotos: dani kreienbühl, Fotolia.com (Titel links) | Laiotz, Fotolia.com (Titel rechts)
Gestaltung und Herstellung: Evangelisches Medienhaus GmbH, Stuttgart

Bestelladresse: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart
Telefon 0711 22276-26 | Fax 0711 22276-43 | E-Mail: info@evmedienhaus.de | www.evmedienhaus.de



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG